



BVV-Fraktion
Friedrichshain-Kreuzberg

SPD

2016–2021

**UNSERE BILANZ IN
FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG**

Impressum

© Februar 2021

SPD-Fraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg,
Yorckstr. 4-11, 10965 Berlin

E-Mail-Adresse: info@spdfraktion-xhain.de

Telefonnummer: 030 – 90298 2451

Internetseite: spdfraktion-xhain.de

Vorsitzender: Sebastian Forck (V.i.S.d.P.). Redaktion und Gestaltung: Carl-Friedrich Höck. Fotos, sofern nicht anders angegeben: Carl-Friedrich Höck, Sebastian Forck, Kai Doering. Kartendarstellungen: © OpenStreetMap.org-Mitwirkende, lizenziert unter CC BY-SA 2.0. Weitere Informationen dazu auf openstreetmap.org/copyright. Basiskarte und Daten von OpenStreetMap und OpenStreetMap Foundation.

Diese Publikation dient der Information über die Arbeit der SPD-Fraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.



Liebe Leserinnen und Leser

Mit diesem Heft stellen wir Ihnen unsere Arbeit im Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg vor – der BVV. Dessen Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass auch die Bezirksverwaltung nach demokratischen Spielregeln funktioniert. Als Abgeordnete repräsentieren wir die rund 290.000 Einwohner*innen des Bezirkes gegenüber dem Bezirksamt.

In der zu Ende gehenden Wahlperiode 2016–2021 stellt die SPD mit zehn Abgeordneten die drittstärkste Fraktion in der 55 Mitglieder umfassenden BVV. Maßgeblich für unsere Arbeit sind die Grundwerte der Sozialdemokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das gilt auch auf Bezirksebene. Dort treten wir zum Beispiel für gute Schulen ein, in denen nicht der Geldbeutel der Eltern über den Bildungserfolg der Kinder entscheidet. Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum und für Nahversorgungs- und Freizeitangebote, die sich auch Menschen mit geringen Einkommen leisten können. Solidarität brauchen wir ebenso im Straßenverkehr. Dort gilt es, die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen – Radfahrende, Fußgänger*innen und insbesondere Kinder – zu schützen.

Nicht alles, was wir uns wünschen, konnten wir durchsetzen. Das liegt in der Natur der Sache: Manchmal finden wir in der BVV keine Mehrheiten für unsere Positionen. Doch erstaunlich Vieles haben wir in dieser Wahlperiode erreicht. Was, das erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Zum Schluss noch eine Bitte: Zögern Sie nicht, uns anzusprechen und uns Ihre Anliegen mitzuteilen. Wie Sie uns erreichen, erfahren Sie auf den letzten Seiten dieser Broschüre. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihr

Sebastian Forck,

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg

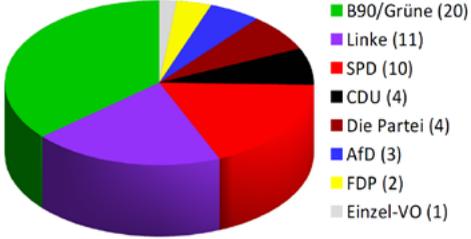
WAS IST DIE BVV?

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist so etwas wie das „Parlament“ von Friedrichshain-Kreuzberg. Im Gegensatz zu einem echten Parlament darf die BVV zwar keine Gesetze beschließen, dennoch trifft sie wichtige Entscheidungen. Zum Beispiel verabschiedet die BVV den Haushaltsplan des Bezirkes und stimmt über wichtige Bauvorhaben ab.

Die BVV hat die Aufgabe, das Bezirksamt zu wählen und zu kontrollieren (Kontrollrecht). Das Bezirksamt besteht aus der Bürgermeisterin und vier Stadträt*innen. Gemeinsam bilden sie die Spitze der Bezirksverwaltung und damit so etwas wie die „Regierung“ von Friedrichshain-Kreuzberg.

Die BVV kann auch „Verwaltungshandeln anregen“, also selbst Projekte und Vorhaben auf den Weg bringen (Initiativrecht). Außerdem kann sie über alle Angelegenheiten vom Bezirksamt Auskunft verlangen (Auskunftsrecht).

Die BVV wird in der Regel alle fünf Jahre gewählt und besteht aus 55 Verordneten. Die SPD-Fraktion stellt in der laufenden Wahlperiode mit zehn Verordneten die drittstärkste Fraktion.



Die aktuelle Zusammensetzung der BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung tagt einmal im Monat. Zwischen den Sitzungen werden aktuelle Themen und Anträge in Fachausschüssen beraten.

Auch Sie können Ihre Anliegen in die BVV einbringen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- Die **Fachausschüsse** der BVV tagen in der Regel öffentlich. Besucher*innen haben ein Rederecht. Sie können sich also zu den Themen, die auf der Tagesordnung stehen, selbst zu Wort melden.
- Wer seinen Wohnsitz, Arbeitsplatz oder Ausbildungsplatz im Bezirk hat, kann **Einwohner*innen-Anfragen** an das Bezirksamt stellen. In jeder BVV-Sitzung stehen hierfür 30 Minuten zur Verfügung, in denen das Bezirksamt

die Fragen mündlich beantwortet. Einwohner*innen-Anfragen, die nicht mehr drangekommen sind, werden nachträglich schriftlich beantwortet.

- Bürger*innen können sich mit **Ein-gaben und Beschwerden** an die BVV wenden. Diese werden vom zuständigen Ausschuss in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.
- Bürger*innen können einen **Einwohner*innen-Antrag** in die BVV einbringen, wenn dieser von mindestens 1.000 Einwohner*innen unterstützt wird.
- Außerdem gibt es das Instrument des **Bürger*innen-Begehrens**. Dieses muss von mindestens drei Prozent der Wahlberechtigten des Bezirkes mitgetragen werden. Wenn die BVV den

Inhalt eines Bürgerbegehrens nicht annimmt, folgt ein Bürger*innen-Entscheid. Ein erfolgreicher Entscheid hat dieselbe Rechtswirkung wie ein Beschluss der BVV.

Natürlich können Sie sich auch direkt an die Fraktionen wenden. Wie Sie uns erreichen, steht auf der vorletzten Seite dieser Broschüre.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der Bezirksverordnetenversammlung: berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/

Inhaltsverzeichnis	
Wohnen muss bezahlbar bleiben!	6
Chancengleichheit für alle Schüler*innen	10
Vereinsleben erhalten, Sportstätten sichern	12
Exkurs: Sozialdemokratische Akzente im Bezirksamt	16
Wir schützen die Schwächsten im Verkehr	18
Für ein buntes und vielfältiges Kulturleben	22
Weitere Schwerpunkte der SPD-Fraktion	24
Karte von Friedrichshain: Was passiert wo?	28
Karte von Kreuzberg: Was passiert wo?	30
Unsere Verordneten	32
Kontakt	34



Das bezirkliche Vorkaufsrecht kommt nur in Milieuschutzgebieten zum Tragen. Die Blöcke um die Weberwiese stehen bereits unter Schutz, weitere Gebiete sollen folgen.

WOHNEN MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN!

Wenn der Stadtentwicklungsausschuss tagt, sind die Besucher*innen-Plätze meistens gut gefüllt. Viele Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg treibt die Frage um, wie bezahlbarer Wohnraum gesichert werden kann. Und Debatten um neue Bauprojekte werden oft emotional geführt.

Wir unterstützen das bezirkliche Vorkaufsrecht – Um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern, kann der Bezirk in Milieuschutzgebieten ein Vorkaufsrecht ausüben. In der Vergangenheit hat das Bezirksamt jedoch wenig Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht. Die SPD-Fraktion hat lange darauf gedrängt, dass der Bezirk hier entschlossener handelt. Tatsächlich hat sich in der laufenden Wahlperiode vieles geändert: Mehrere hundert Wohnungen wurden rekommun-

alisiert, also auf Initiative des Bezirks von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften angekauft. Einige Häuser wurden auch per Vorkaufsrecht an Genossenschaften übertragen. Hinzu kommen zahlreiche Abwendungsvereinbarungen: Käufer*innen können sie unterzeichnen um zu verhindern, dass der Bezirk ein Vorkaufsrecht anwendet. Damit verpflichten sie sich, über das Mietrecht hinausgehende Auflagen zum Schutz der Mieter*innen einzuhalten. Zum Beispiel kann so vermieden werden, dass Miethäuser in Eigentumswohnungen aufgeteilt werden.

In der medialen Öffentlichkeit gibt vor allem Baustadtrat Florian Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen) dem neuen Kurs ein Gesicht. Dahinter steht eine rot-rot-grüne Teamleistung. Der Senat mit Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) hat zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt, damit die Bezirke das Vorkaufsrecht überhaupt nutzen können. Sprich: damit landeseigene Wohnungsbaugesellschaften genügend Mittel für den Ankauf haben. Auch Genossenschaften werden gefördert. In der BVV wird das Vorkaufsrecht von der SPD-Fraktion politisch unterstützt, gemeinsam mit Grünen und Linken.

Wir achten auf Serösität und demokratische Prinzipien. Leider wird der

Baustadtrat seiner Verantwortung nicht immer gerecht. Aus Sicht der SPD-Fraktion fragwürdig war zum Beispiel, dass Schmidt mehrere Häuser per Vorkaufsrecht an die „Diese eG“ übertragen hat, ohne genau zu prüfen, ob die Genossenschaft die Käufe finanziell stemmen kann. Damit setzte er den Bezirk einem hohen Haftungsrisiko in Millionenhöhe aus. In einem Fall (Rigaer Straße 101) konnte die Diese eG tatsächlich den Kaufpreis nicht aufbringen. Eine andere Genossenschaft sprang in letzter Minute als Käuferin ein und bewahrte den Bezirk so vor einem finanziellen Schiffbruch. Trotzdem kostete die Episode den Bezirk mindestens 200.000 Euro – unter anderem für Notarkosten, Rechtsanwaltskosten, Maklerprovision und Gerichtskosten. Geld, das dem Bezirk nun an anderer Stelle fehlt. Der Berliner Rechnungshof hat Schmidts Vorgehen gerügt.

Obendrein endete die Geschichte auch noch mit einem Aktenskandal: Um die Vorgänge rund um die Diese eG aufzuklären, hatten mehrere Fraktionen Akteneinsicht beantragt. Hinterher erklärte Schmidt freimütig, dass in den vorgelegten Akten „nicht alles enthalten“ gewesen sei. Seine Begründung: Er habe verhindern wollen, dass die Inhalte der Akten von CDU und FDP instrumentalisiert und von einem Redak-



Um das „Postscheckareal“ am Halleschen Ufer wurde lange gerungen. Die SPD-Fraktion hat sich für möglichst viele preisgünstige Wohnungen eingesetzt.

teur des Tagesspiegels zur politischen Agitation genutzt werden. Die Möglichkeit zur Akteneinsicht ist ein wichtiges Recht der Bezirksverordneten, damit sie das Bezirksamt kontrollieren können. Akten zu manipulieren ist ein klarer Verstoß gegen demokratische Spielregeln. Deshalb haben wir uns entschieden, Schmidts Äußerung aus einer eigentlich internen Sitzung öffentlich zu machen. Wir lassen uns nicht zu Kompliz*innen bei der Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Kontrollrechte machen!

Wir haben uns für mehr Milieuschutz eingesetzt. Damit das Vorkaufsrecht überhaupt angewendet werden kann,

muss das betreffende Gebiet unter Milieuschutz stehen. Deshalb drängt die SPD-Fraktion seit vielen Jahren darauf, wesentlich mehr Gebiete unter Schutz zu stellen. Wir meinen, dass der gesamte Bezirk unter Milieuschutz stehen muss und sich das auch rechtlich gut begründen lässt. Baustadtrat Florian Schmidt dagegen präsentierte noch 2017 ein sogenanntes Screening, das neue Erhaltungsgebiete vordringlich in Kreuzberg empfiehlt. Uns ist das zu wenig, denn auch in Friedrichshain werden viele Mieter*innen mit kleinen und mittleren Einkommen aus ihren Kiezen verdrängt. Trotzdem sind wir froh über jeden Teilerfolg. So haben wir gefordert, das Erhaltungsgebiet Hornstraße um

die Wohnblöcke an der Ruhlsdorfer Straße zu erweitern. Die BVV hat auf unsere Initiative dazu mehrere Beschlüsse gefasst. Diese sind mittlerweile zumindest teilweise umgesetzt worden.

Wir haben uns für mehr bezahlbare Wohnungen eingesetzt – zum Beispiel am Halleschen Ufer. Lange haben der Bezirk und Investor Christoph Gröner um das Bauprojekt „Postscheckareal“ am Halleschen Ufer gerungen. Vor allem die Fraktionen SPD, Grüne und Linke beharrten darauf, dass nicht nur teure Wohnungen entstehen sollen, sondern möglichst viel preisgünstiger Wohnraum. Doch dann präsentierten Baustadtrat Schmidt und Gröner einen eigentümlichen Kompromiss: Statt der ursprünglich geplanten 600 Wohnungen sollten jetzt nur noch rund 300 ent-

stehen, dafür aber mehr Gewerbeflächen. Diese kann der Eigentümer teurer vermieten als Wohnraum. Im Gegenzug sollten die verbleibenden Wohnungen allesamt von der landeseigenen Dege-wo errichtet werden, überwiegend als geförderte und somit preisgebundene Wohneinheiten. Der SPD-Fraktion ging dieser Kompromiss nicht weit genug: Wir haben darauf gedrängt, die Zahl der sogenannten Sozialwohnungen auf 450 aufzustocken. Diesen Antrag haben Grüne und Linke jedoch nicht mitgetragen. Trotzdem konnten wir mit unserem Druck erreichen, dass nun doch noch 80 zusätzliche Wohnungen auf dem Areal entstehen. Diese sind zwar keine Sozialwohnungen, wie von uns gefordert, sondern werden frei finanziert. Dennoch können auch diese helfen, den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Die Wohnungen westlich der Ruhlsdorfer Straße liegen nun in einem Erhaltungsgebiet. © OpenStreetMap-Mitwirkende





Schul- und Sportstadtrat Andy Hehmke (SPD) vor einem Neubau der Lasker-Schule: Gemeinsam mit der SPD-Fraktion kämpft Hehmke für mehr Gemeinschaftsschulen.

CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE SCHÜLER*INNEN

Sozialdemokratische Schulpolitik basiert auf dem Gedanken: Jede*r hat das Recht auf eine gute Bildung, unabhängig vom Geldbeutel oder Schulabschluss der Eltern. Niemand darf zurückgelassen werden!

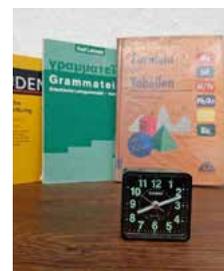
Der Ausbau von Gemeinschaftsschulen liegt uns am Herzen. Sie sorgen für mehr Chancengleichheit. Deshalb haben wir uns auch im Bezirksparkament für mehr Gemeinschaftsschulen stark gemacht. Ein Erfolg: Die Lenau-Grundschule und

die nahe gelegene Lina-Morgenstern-Schule bilden seit 2020 zusammen eine neue Gemeinschaftsschule. Diese bildet einen Verbund mit der Ferdinand-Freiligrath-Schule, die als Integrierte Sekundarschule (ISS) eine gymnasiale Oberstufe erhalten hat. Auch am Standort Corinthstraße ist in Zusammenarbeit mit der Lasker-Schule eine Gemeinschaftsschule entstanden. Schulstadtrat Andy Hehmke (SPD) treibt darüber hinaus an weiteren Standorten das Projekt „mehr Gemeinschaftsschulen“ voran.

Der Bezirk hat jetzt ein Alpha-Bündnis. Rund 7,5 Millionen Menschen in Deutschland können nur eingeschränkt lesen und schreiben, davon etwa 320.000 in Berlin. Wir haben das Bezirksamt aufgefordert, die Gründung eines Alpha-Bündnisses zu unterstützen. Es wurde im April 2018 aus der Taufe gehoben. Das Bündnis will die Bürger*innen über das Thema „geringe Literalität“ (funktionaler Analphabetismus) informieren und die bezirklichen Akteur*innen vernetzen. Perspektivisch soll das Alpha-Bündnis eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Betroffene sein und aufsuchende Beratung organisieren.

Für die Schulreinigung gibt es deutlich mehr Geld. Das Bezirksamt hat für die Jahre 2020/21 zusätzliche knapp 900.000 Euro pro Jahr eingeplant, um die Qualität der Schulreinigung zu verbessern und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicherzustellen. In den Haushaltsverhandlungen haben wir durchgesetzt, dass im Jahr 2021 weitere 380.000 Euro dazukommen sollen. Das Geld soll unter anderem für eine zusätzliche Zwischenreinigung der Sanitärbereiche an Schulen eingesetzt werden. Diese konnte nun sogar früher als geplant erfolgen, weil auch das Land Berlin seit 2020 deutlich mehr Geld für saubere Schulen bereitstellt.

Ausgeschlafen lernt es sich besser. Deshalb setzen wir uns für ein Modellprojekt „späterer Schulbeginn“ ein. Das Bezirksamt soll abfragen, welche Schulen einen späteren Schulbeginn austesten möchten. Wenn eine Schule Interesse bekundet – oder auch mehrere – soll das Bezirksamt mit den schulischen Gremien und der Schulaufsicht ein Modell erarbeiten. Der Hintergrund: Wissenschaftliche Studien belegen, dass zum bisher üblichen Schulbeginn um 8 Uhr die Leistungsfähigkeit der Schüler*innen oftmals eingeschränkt ist. Das extrem frühe Aufstehen entspricht nicht dem natürlichen Schlaf-Wach-Rhythmus vor allem älterer Schüler*innen.



Von oben: Die Lenau-Schule wird Teil einer Gemeinschaftsschule. / Der Bezirk hat nun ein Alpha-Bündnis. / Die SPD-Fraktion fordert ein Modellprojekt „späterer Schulbeginn“



Wertvolles Kleinod: das Baerwaldbad in Kreuzberg

VEREINSLEBEN ERHALTEN, SPORTSTÄTTEN SICHERN

Die Stadt wächst. Auch unser Bezirk wird immer dichter bebaut. Dabei dürfen Sport und Vereinsleben nicht auf der Strecke bleiben! Darauf achtet die SPD-Fraktion. Wichtig ist uns zum Beispiel, die Schwimmbad-Situation im Bezirk zu verbessern. Diese ist leider für Schulen- und Schwimmvereine derzeit katastrophal.

Wir kämpfen weiter für das Baerwaldbad. Der ehemalige Betreiber des Baerwaldbades ist insolvent, das Bad wegen dringenden Sanierungsbedarfes

geschlossen. Nun ist das Bad wieder an den Bezirk übertragen worden. Ein wichtiger Etappenerfolg, um den wir gemeinsam mit Sportstadtrat Andy Hehmke (SPD) lange gerungen haben. Unser Ziel bleibt es, den Standort wieder als Schwimmbad mit zwei Becken in Betrieb zu nehmen. Doch bis dort wieder geschwommen werden kann, wird noch einige Zeit vergehen.

Für geschlossene Bäder brauchen wir einen Ersatz. Auch die Schwimmhalle in der Holzmarktstraße ist marode und

musste dauerhaft geschlossen werden. Die SPD-Fraktion und Sportstadtrat Andy Hehmke machen sich dafür stark, dass dort bald eine neue Halle gebaut wird. Pläne des Senats sehen vor, dass die Berliner Bäderbetriebe und die Berlinovo an dem Standort einen Schwimmbad-Neubau sowie Wohnungen für Studierende errichten.

Hinzu kommt: Das Spreewaldbad soll saniert werden und wird für mindestens 2,5 Jahre ebenfalls nicht zur Verfügung stehen. Wir haben deshalb die Pläne der Berliner Bäderbetriebe aktiv unterstützt, am Standort des Prinzenbades eine temporäre und beheizte Schwimmhalle zu errichten. So wollen wir einen Ersatz schaffen, bis im Bezirk wieder andere Schwimmhallen öffnen können. Die BVV hat sich auf unseren Antrag hin klar zu diesem Vorhaben bekannt. Das Interimsbad soll im ersten Quartal 2021 fertiggestellt werden.

Die SPD-Fraktion kämpft für neue Sportplätze. Nicht nur Schwimmbäder sind in Friedrichshain-Kreuzberg knapp. Nach wie vor gibt es auch zu wenig Sportplätze. Wir haben uns bisher erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Regenrückhaltebecken am Columbiamdam (neben dem Tempelhofer Feld) weiterhin für den Sport reserviert bleibt. Diese Pläne waren zwischen-



Spreewaldbad: wird saniert



Holzmarktstraße: Neubau in Planung



Prinzenbad: Hier wird Ersatz geschaffen.

zeitlich vom Bezirksamt infrage gestellt worden. In der BVV umstritten ist jetzt allerdings, ob eine „Sport pur“-Variante geplant werden soll oder eine Mischung aus Wohnungen und Sporthalle. Wir plädieren vehement für die reine Sportnutzung, denn es handelt sich um die letzte Fläche, wo überhaupt noch neue Sportplätze errichtet werden können. Und diese werden dringend benötigt.



Der Tennisclub Friedrichshain kann auch in Zukunft sechs Plätze nutzen.

Wir unterstützen Vereine, denen Verdrängung droht. Für viele Sportvereine wird es ebenfalls schwieriger, noch Räume zu finden. Verdrängung droht! Leider gibt es auf Bundesebene noch kein Gesetz, das Gewerbemieten begrenzt. Deshalb bleibt uns nur, an Vermieter*innen zu appellieren, damit sie den Vereinen entgegenkommen und ihnen eine Zukunft im Bezirk ermöglichen. Manchmal kann ein solcher Dialog helfen. Gefreut hat uns, dass der Sport-Club Lurich 02 e.V. sich mit dem Vermieter (GSG Berlin) Anfang 2020 auf einen neuen und bezahlbaren Mietvertrag verständigen konnte. Somit können die Mitglieder in der „Boxfabrik“ an der Köpenicker Straße für weitere fünf Jahre Sport treiben – und das zu sozialverträglichen Preisen. Unterstützt haben

wir auch die Sportschule „Aikido am Ufer“: Der Verein sollte seinen Standort am Kottbuser Damm Ende 2019 verlassen. Mit einem BVV-Beschluss und damit öffentlichem Druck haben wir versucht, die Eigentümer zum Einlenken zu bewegen, damit sie den Mietvertrag verlängern. Nach bisherigem Kenntnisstand leider ohne Erfolg.

Tennisplätze in Friedrichshain werden ersetzt. Mehr Einfluss konnten wir auf die Zukunft des Tennisclubs (TC) Friedrichshain nehmen. Denn die Tennisplätze an der Modersohnstraße, auf denen der TC spielt, gehören dem Bezirk. Sorgen machte sich der Verein, weil auf dem Gelände eine Sporthalle für die benachbarte Emanuel-Lasker-Schule entstehen soll. Der Tennisclub aber

benötigt seine sechs Plätze, um den Bedarf der vielen Mitglieder erfüllen und die Anlage wirtschaftlich betreiben zu können. Gemeinsam mit dem Bezirksamt, dem Verein und anderen Fraktionen haben wir einen tragfähigen Kompromiss gefunden: Die zwei Tennisplätze, die für die Sporthalle weichen müssen, werden wenige hundert Meter weiter mit neuen Plätzen auf der Lasker-Sportanlage ersetzt.

Sportplätze werden effizienter genutzt. Manchmal sind es kleine Dinge, die viel bewirken. Ein Beispiel ist unser erfolgreicher Antrag, mehr Schließfächer auf der Anlage des Sportplatzes Metro-Himmel aufzustellen. Das ermöglicht den Sportler*innen, während des eigenen Spiels die Umkleidekabine freizuräumen, sodass sich das nachfolgende Team

schon umziehen kann. Der Vorteil: Weil zwischen zwei Spielen nicht mehr so viel Zeit verloren geht, kann der Sportplatz effizienter genutzt werden. Übrigens: Gefreut haben wir uns auch, dass das Schul- und Sportamt mit dem Bezirkshaushalt 2020/21 zusätzliches Personal erhalten hat. Der Sportplatz auf dem Dach des Hellweg-Baumarktes an der Yorckstraße kann dank eines zusätzlichen Sportwartes länger offen bleiben.

Tribünen nicht vergessen! Die Schulbauoffensive ermöglicht den Bau neuer Sporthallen. Damit diese von Schulen und Vereinen bestmöglich genutzt werden können, sind auch Besuchertribünen notwendig. Wir haben mit einem Antrag sichergestellt, dass diese an möglichst vielen Standorten mitgeplant werden.



Der Sportplatz auf dem Dach des Hellweg-Baumarktes kann länger genutzt werden.

EXKURS: SOZIALDEMOKRATISCHE AKZENTE IM BEZIRKSAMT



Der Sozialdemokrat Andy Hehmke ist als Stadtrat zuständig für Wirtschaft, Schule, Sport und das Ordnungsamt. Naturgemäß teilt er viele politische Ziele mit der SPD-Fraktion und die Fraktion unterstützt Andy Hehmke bei seinen Projekten. In der Wahlperiode 2016–2021 zählen dazu unter anderem:

- Die Berliner **Schulbauoffensive** hat auch in unserem Bezirk an Fahrt gewonnen. Mehr als 150 Millionen Euro sind in die Schulen des Bezirks geflossen. Und auch bei der Sanierung macht der Bezirk Fortschritte. Ein paar Beispiele von vielen: Beim Hermann-Hesse-Gymnasium sind die Arbeiten schon abgeschlossen, bei der Nürtingen-Grundschule sind sie in vollem Gange und die ehemalige Lenau-Grundschule wird in Kürze neu gebaut.
- Statt einer gibt es nun drei **Gemeinschaftsschulen**, in denen von Klasse 1 bis 13 gelernt werden kann. Weitere sind in Planung. Und die Zahl der Schulen mit **Euro-pazügen** ist von drei auf sechs gestiegen.
- Das Personal im Schul- und Sportamt wurde aufgestockt, damit der **Digitalpakt** umgesetzt und Schulen besser betreut werden können. Im Bezirksvergleich liegt Friedrichshain-Kreuzberg auf Platz 1 bei der Mittelbindung aus dem Digitalpakt.
- Das **kostenfreie Schulesen** wurde vollständig umgesetzt (= organisatorischer Mehraufwand, da nun alle Schüler*innen eine warme Mahlzeit erhalten).
- Im Rahmen der Schulbauoffensive wurden auch **neue Sporthallen** geplant und gebaut, zudem treibt das Schul- und Sportamt die Sanierung von Hallen und Plätzen voran. So wurde der Sportplatz Züllichauer Straße vom Bund angekauft und saniert. Und der Tennisclub Friedrichshain erhält zwei Ersatzplätze für die bisherigen Courts, auf denen eine Schulsporthalle errichtet wird (vgl. Kapitel „Sport“).
- Das Ordnungsamt hat den **Kampf gegen das Falschparken** verstärkt, um die Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrende zu erhöhen. In besonders belasteten Gebieten führt das Ordnungsamt Schwerpunktaktionen mit vorbestellten Abschleppwagen durch. Das Personal wurde in allen Bereichen des Ordnungsam-

Was macht das Bezirksamt?

Das Bezirksamt ist vereinfacht gesagt die „Regierung“ des Bezirkes. Es besteht aus fünf Mitgliedern: Der Bezirksbürgermeisterin und vier Stadträt*innen. Das Bezirksamt ist ein sogenanntes Kollegialorgan, das „mit einer Stimme“ sprechen soll. Wenn sich also in der BVV-Sitzung ein Stadtrat zu Wort meldet, äußert er sich stets im Namen des gesamten Bezirksamtes. Wichtige Entscheidungen werden im Bezirksamts-Kollegium abgestimmt und mit einfacher Mehrheit beschlossen. Davon abgesehen führen die Stadträt*innen ihre Fachressorts eigenverantwortlich. Die Zusammensetzung ergibt sich aus dem Wahlergebnis der Parteien. Deshalb stellt die Partei Bündnis 90/Die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg derzeit die Bezirksbürgermeisterin und zwei Stadträt*innen. Ein Stadtrat gehört der Partei Die Linke an und einer der SPD.

- tes aufgestockt. Zudem wurden für den Außendienst Fahrräder angeschafft, um noch effizienter kontrollieren zu können.
- Für den **Umgang mit Obdachlosencamps** hat der Bezirk einen Handlungsleitfaden erarbeitet. Ein Grundsatz: Kein Platzverweis ohne vorherige Ansprache und Hilfsangebote durch aufsuchende Sozialarbeit (vgl. den SPD-Antrag im Kapitel „Weitere Schwerpunkte“). Das gemeinsam mit dem Sozialstadtrat ausgehandelte Konzept fand auch Eingang in die „Leitlinien zur Wohnungslosenpolitik“ des Berliner Senats.
- Steigende Immobilienpreise und Platzmangel bedrohen den **bezirkstypischen Gewerbemix** – und damit Arbeitsplätze und die Nahversorgung der Bewohner*innen. Der Bezirk hat ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept ausgearbeitet und ein Gewerbeflächenmanagement installiert, um eine stadtverträgliche Mischung aus Wohnen und Gewerbe zu sichern. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung hat auch eine Anlaufstelle für von Verdrängung bedrohtes Kleingewerbe eingerichtet.
- **Weitere Projekte** der Wirtschaftsförderung sollen unter anderem die Kooperation von Schulen und Ausbildungsbetrieben stärken sowie einen nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus fördern (fair.kiez).



Poller gegen den Durchgangsverkehr: Der Samariterkiez ist deutlich ruhiger geworden.

WIR SCHÜTZEN DIE SCHWÄCHSTEN IM VERKEHR

Der Autoverkehr in die Innenbezirke hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Das belastet Anwohner*innen, Radfahrende und Zufußgehende. Wir wollen den Kfz-Verkehr reduzieren und andere Verkehrsmittel attraktiver machen.

Wir haben die Verkehrsberuhigung im Samariterkiez durchgesetzt. Seit auf dem Schlachthofgelände ein großes Einkaufsgebiet entstanden ist, klagten Anwohner*innen über zunehmenden Durchgangsverkehr. Autofahrende nutzen den Kiez immer öfter als Abkürzung

für den Weg zwischen Frankfurter Allee und Landsberger Allee. Das Tempo-30-Limit wurde oft missachtet. Insbesondere Kinder gerieten dadurch in Gefahr.

Deshalb hat die SPD-Fraktion ein Verkehrskonzept gefordert mit dem Ziel: Durchgangsverkehr raus! Nach langen Diskussionen ist das Ergebnis nun sichtbar: Durchgangssperren und Bodenschwellen machen die Abkürzung durch den Kiez unattraktiv. Es ist merklich ruhiger und sicherer geworden. Wer auf ein Auto angewiesen ist, erreicht dennoch alle Orte im Kiez.

Wir haben eine Aktion für sichere Fußwege gestartet. Die schwächsten Verkehrsteilnehmenden sind die Fußgänger*innen. Wir haben eine Aktion ins Leben gerufen, damit Zufußgehende sicherer ans Ziel kommen. Auf der Website fusswege-xhain.de können uns Bürger*innen melden, wo dringend etwas getan werden muss.

Uns haben zahlreiche Hinweise erreicht zu fehlenden Querungsmöglichkeiten, kaputten Gehwegen, unzumutbaren Ampelschaltungen, gefährlich engen Stellen und vielem mehr. Die drängendsten Themen haben wir aufgegriffen und dazu Anträge in die BVV eingebracht. Insgesamt haben wir uns mit

mehr als zwei Dutzend BVV-Anträgen für sichere Fußwege eingesetzt.

Weniger Tempo, mehr Sicherheit: Übrigens hat das Bezirksparlament auf unseren Vorschlag hin beschlossen: Friedrichshain-Kreuzberg soll ein Tempo-30-Modellbezirk werden. Das bedeutet: Auf allen Straßen soll die erlaubte Höchstgeschwindigkeit maximal 30 km/h betragen.

Ein besonderes Augenmerk haben wir auf die Schulsicherheit gerichtet. Zum Beispiel mit einer Initiative, die Gefahr durch „Elterntaxen“ einzudämmen. Das Bezirksamt wurde aufgefordert, gemeinsam mit den Schulen die Eltern für



Über die Website fusswege-xhain.de sammeln wir Hinweise von Bürger*innen, wo der drängendste Handlungsbedarf besteht.

das Problem zu sensibilisieren. Oder mit unserem Einsatz für einen dauerhaften Zebrastreifen vor der Modersohn-Grundschule. Beharrlich drängen wir auch darauf, vor der Hausburg-Grundschule zwei Auto- in Fahrradabstellplätze umzuwandeln.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Parkraumbewirtschaftung zügig im kompletten Bezirk eingeführt wird. Sie ist eine Antwort auf den zunehmenden Autoverkehr in der Innenstadt. Die Parkraumbewirtschaftung hat mehrere Vorteile. Erstens fördert sie die Verkehrswende, also den Umstieg vom eigenen Auto auf andere Verkehrsmittel. Denn durch die Parkgebühren wird es für Auswärtige teurer, mit dem Auto in unsere Kieze zu fahren. Zweitens finden Menschen, die auf ein Auto angewiesen



Weniger Verkehrschaos: Die Parkraumbewirtschaftung wird ausgeweitet.

sind, in Gebieten mit Parkraumbewirtschaftung schneller einen Parkplatz. Drittens kann das Ordnungsamt mit den Einnahmen zusätzliches Personal finanzieren. Das ermöglicht mehr Kontrollen von Falschparker*innen, die andere Verkehrsteilnehmende gefährden. In der laufenden Wahlperiode sind mit dem Bergmannkiez und dem Victoriakiez zwei weitere Bewirtschaftungszonen eingerichtet worden. Damit ist die Gesamtzahl von sechs auf acht gestiegen (Stand Januar 2021). Im Jahr 2021 sollen weitere Zonen dazukommen. Geplant ist, den Bezirk flächendeckend zu bewirtschaften.

Die SPD-Fraktion hat sich konsequent für die Verkehrswende stark gemacht.

Wir haben das Bezirksamt dazu gedrängt, Parkplätze für Carsharing-Fahrzeuge auszuweisen und mehr Ladesäulen für Elektro-Fahrzeuge zu schaffen. Und wir haben ein Konzept für Leihfahrrad-Systeme gefordert. Ziel war es, das Netz an Fahrradstationen sinnvoll zu erweitern. Gleichzeitig sollte das Bezirksamt Maßnahmen ergreifen, damit die Räder nicht auf Gehwegen abgestellt werden und Fußgänger*innen behindern. In diesem Sinne freuen wir uns auch, dass im Bezirk bereits erste Abstellflächen für E-Scooter ausgewiesen wurden, um das wilde Parken auf Gehwegen einzudämmen.



Müllablageplatz statt Ruheoase am Straßenrand: In der Bergmannstraße sind nicht alle Experimente des Bezirksamtes geglückt.

An der Bergmannstraße haben wir eine Fehlentwicklung gestoppt. Das Bezirksamt hat sich die Verkehrswende ebenfalls auf die Fahnen geschrieben. Aber nicht alles, was es anpackt, gelingt. In solchen Fällen haben wir korrigierend eingegriffen. Das gilt zum Beispiel für die „Begegnungszone Bergmannstraße“.

Die dort aufgestellten Parklets haben zwar für großes Aufsehen gesorgt, aber auch viele Anwohnende verärgert. Zur Verkehrssicherheit haben die gelben Gestelle wenig bis nichts beigetragen. Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir den vorzeitigen Abbau der Parklets durchgesetzt. Anschließend haben wir uns mit Grünen und Linken auf eine sinnvolle Zwischennutzung der freigewordenen Flächen geeinigt, bis

über die finale Umgestaltung der Bergmannstraße entschieden wurde. Der Platz soll unter anderem für Fahrradbügel, Lieferzonen, soziale Angebote oder kleine Grünflächen genutzt werden.

Zur Bergmannstraße hatten wir immer eine klare Position: Ein Konzept zur Verkehrsberuhigung muss auch die umliegenden Straßenzüge mit einbeziehen. Andernfalls würden die bestehenden Probleme nur verlagert. Deshalb treten wir auch weiterhin für ein Gesamtkonzept ein.



Die Zukunft des Bezirksmuseums ist vorerst gesichert.

FÜR EIN BUNTES UND VIELFÄLTIGES KULTURLEBEN

Um das bunte Berliner Kulturleben beneiden uns viele Städte. Damit sich kulturelle Vielfalt entwickeln kann, braucht es Freiräume. Diese gilt es zu erhalten.

Wir haben uns dafür eingesetzt, die Zukunft des Bezirksmuseums (FHXB-Museum) zu sichern. Mit Blick auf den auslaufenden Mietvertrag für die Räumlichkeiten forderten wir 2017: Das Bezirksamt soll eine Bedarfsanalyse und einen Raumsicherungsplan erstellen – mit langfristiger Perspektive.

Das Bezirksamt hat unseren Antrag zumindest in Teilen umgesetzt: Für das Museum wurde ein neuer Mietvertrag abgeschlossen, der bis Ende 2029 gültig ist. Die Zeit bis dahin will der Bezirk nutzen, um nach besseren und größeren Räumlichkeiten zu suchen.

Wir haben uns gemeinsam mit anderen Fraktionen für den Erhalt der Sozio-kultur auf dem RAW-Gelände eingesetzt. Das Bezirksparlament hat 2019 nach langen Verhandlungen den neuen Planungszielen für den östlichen Teil

des RAW-Geländes zugestimmt. Es soll demnach auch künftig Freiräume und bezahlbare Mieten für Kunst, Kultur und Sport geben. Im Gegenzug wurden der Eigentümerin des Geländes – der Kurth-Gruppe – an anderer Stelle Zugeständnisse gemacht. Der geänderte Aufstellungsbeschluss erlaubt eine höhere und dichtere Bebauung als bisher. Dies ist zwar bedauerlich, aus Sicht der SPD-Fraktion aber ein tragbarer Kompromiss.

Bedeutende Persönlichkeiten verdienen ein angemessenes Gedenken.

Zum Beispiel der Boxer Johann Wilhelm „Rukeli“ Trollmann. Die Nazis erkannten ihm 1933 den Deutschen Meistertitel ab und verboten ihm, seinen typischen Kampfstil anzuwenden. Der Grund: Trollmann war Sinto. Er protestierte gegen die Schikanierung ironisch, indem

er seine Haut mit weißem Puder bedeckte, die Haare blond färbte und sich ohne Gegenwehr besiegen ließ. 1944 starb Trollmann im KZ. Die SPD-Fraktion hat sich erfolgreich für eine Gedenktafel an der ehemaligen Bockbierbrauerei in der Fidicinstraße eingesetzt, wo Trollmann einst kämpfte. Auf SPD-Initiative beschlossen wurde auch, dass der Bezirk anlässlich des 100. Geburtstages des Kreuzberger Trödlers und Künstlers Kurt Mühlenhaupt (1921-2006) eine Ausstellung organisiert.

Büchertausch wird leichter: Auf unsere Anregung hin sollen alle Kieze mit wettergeschützten Bücherschränken ausgestattet werden. Dort können die Menschen ihre nicht mehr benötigten Exemplare hineinstellen und sich mit neuer Lektüre versorgen.



Auf dem RAW-Gelände in Friedrichshain soll die Sozio-kultur erhalten bleiben.



Auch Anwohnende mit schmalem Geldbeutel sollen sich in der Markthalle Neun versorgen können.

WEITERE SCHWERPUNKTE DER SPD-FRAKTION

Auf den vorherigen Seiten haben wir einige Schwerpunkte vorgestellt, die uns besonders häufig beschäftigen. Das Thema Bauen und Wohnen natürlich, aber auch die Verkehrswende oder die Situation der Sportvereine und Schulen. Aber Kommunalpolitik umfasst noch viel mehr und berührt alle Lebensbereiche. Bei unserer politischen Arbeit im Bezirk lassen wir uns stets von den Grundwerten der Sozialdemokratie leiten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir wollen eine „Halle für alle“. Genau das sollte die Markthalle Neun in der Kreuzberger Eisenbahnstraße ursprünglich sein. So stand es im Konzept, mit dem die aktuellen Betreiber einst im Vergabeverfahren überzeugt haben. Im Jahr 2012

kauften sie die Halle von der landeseigenen „Großmarkt GmbH“. Doch manche Anwohner*innen haben immer weniger das Gefühl, dass die Markthalle Neun auch „ihre Halle“ ist. Die Angebote der Händler*innen sind zwar hochwertig, aber auch hochpreisig. Nicht jeder kann sich die Lebensmittel dort leisten. Deshalb kam es zu Protesten, als 2019 bekannt wurde, dass nun auch der Lebensmitteldiscounter Aldi aus der Halle ausziehen soll. Für viele ist er ein Symbol: Dafür, dass auch Menschen mit wenig Geld sich in der Markthalle mit Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Bedarfs versorgen können.

Die SPD-Fraktion hat das Bezirksamt aufgefordert, sich für den Erhalt des Supermarktes oder eines vergleichbaren Einzelhändlers einzusetzen. Und auch außerhalb des Discounters sollen mehr preisgünstige Lebensmittel für Anwohnende angeboten werden, forderte ein Antrag der Fraktion. In der Folge wurde ein Dialogverfahren zur Zukunft der Halle ins Leben gerufen. Das Bezirksamt organisiert den Prozess. Die SPD-Fraktion begleitet das Verfahren aufmerksam und kritisch, um sicherzustellen, dass die Anliegen der Anwohner*innen nicht in den Hintergrund geraten.

Wir haben uns für ein berlinweit einheitliches Konzept für den Umgang mit

Obdachlosigkeit eingesetzt. Ein von der SPD-Fraktion initiiertes Beschluss (Ende 2017) fordert ein „möglichst langfristiges und verantwortungsbewusstes Konzept mit Komponenten aus Prävention, aufsuchender Sozialarbeit und Hilfsangeboten sowie ordnungsrechtlichen Maßnahmen“. Zuvor waren in Berlin – auch in unserem Bezirk – immer mehr Camps wohnungsloser Menschen entstanden. Ein Teil der betroffenen Menschen stammt aus anderen Ländern und hat in Deutschland keinen Anspruch auf staatliche Sozialleistungen. Dennoch darf der Bezirk sie nicht sich selbst überlassen! Und wir meinen: Es hilft auch niemandem, wenn die Ordnungsämter obdachlose Menschen lediglich von einem Bezirk in den nächsten vertreiben.

Entschlossen gegen die Corona-Pandemie: Der Kampf gegen Covid-19 verlangt auch der Bezirksverwaltung Einiges ab und bringt viele Mitarbeiter*innen an ihre Grenzen. Für uns unverständlich war die Entscheidung des Bezirksamtes, ein Hilfsangebot der Bundeswehr abzulehnen, die zusätzliches Personal für die Kontaktnachverfolgung bereitstellen wollte. Grüne und Linke sperrten sich aus ideologischen Gründen dagegen, obwohl die Hilfe dazu hätte beitragen können, Gesundheit und Leben der Bevölkerung zu

schützen. Nach öffentlichem Druck – und auch einem Antrag der SPD-Fraktion – lenkten Linke und Grüne aber ein und machten die Hilfe zumindest grundsätzlich möglich.

Wir kämpfen für saubere Parks und Spielplätze. Das Grünflächenamt kommt mit der Reinigung teilweise nicht mehr hinterher. Deshalb befürworten wir, dass die BSR mehr Grünflächen und Spielplätze in ihr Reinigungsprogramm aufnimmt, und wünschen uns dies für weitere Plätze. Beantragt haben wir zudem größere Mülleimer auf dem Forckenbeckplatz, dem Traveplatz und dem „Boxi“. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Spielplätze häufiger und gründlicher gereinigt werden, wie es auch die Initiative „Spielplatz in Not“ fordert.

Ein solider Haushalt ist die Voraussetzung, um überhaupt politische Akzente setzen zu können. Denn wenn der Bezirk mehr Geld ausgibt, als im Budget vorgesehen ist, führt das in der Regel zu einer Haushaltssperre. Dann bleiben wichtige Personalstellen unbesetzt und Projekte werden auf Eis gelegt. In der Vergangenheit war der Bezirk immer wieder in Schieflage geraten. So kostete das von den Grünen verursachte Debakel um die Gerhart-Hauptmann-Schule (GHS) den Bezirk bis 2017 rund fünf Millionen Euro. Die SPD-Fraktion achtet darauf, dass sich Ähnliches nicht wiederholt. Mit Anfragen sorgen wir für Transparenz. Wenn es sein muss, beantragen wir auch Akteneinsicht – wie im Fall des dilettantisch ausgeübten Vorkaufsrechtes zugunsten der Diese eG. Während der Haushaltsverhandlungen



Geld soll sinnvoll ausgegeben und nicht verschwendet werden.



Kiezdetektive können weiter den Bezirk erkunden. Und für saubere Schultoiletten wird wesentlich mehr Geld bereitgestellt.



für 2020/21 hat die SPD-Fraktion unter anderem Folgendes erreicht:

Saubere Schultoiletten – Im Haushaltsentwurf waren bereits knapp 900.000 Euro zusätzlich pro Jahr für die Schulreinigung eingeplant. Trotzdem haben wir noch einmal nachgebessert: Nun sind weitere Mittel in Höhe von 380.000 Euro für das Jahr 2021 vorgesehen (vgl. Kapitel Schule).

Erhalt der „Kiezdetektive“ – Ursprünglich war im Bezirkshaushalt für die Arbeit der „Kiezdetektive“ kein Geld vorgesehen. Nun sind hierfür 15.000 Euro jährlich eingeplant. Im Rahmen des Projektes erkunden Kinder und Jugendliche ihr Wohnumfeld, machen Verbesserungsvorschläge und gestalten ihren Kiez mit.

Beauftragte werden gestärkt – Mehrere Beauftragte kümmern sich im Bezirk um Themenfelder wie Integration, Frauen und Gleichstellung oder die Bedarfe von Menschen mit Behinderung. Um ihre Arbeit zu stärken, wurden im Zuge der Haushaltsverhandlungen zusätzliche 8.000 Euro eingeplant.

Sanierung von Spielplätzen – Für den Erhalt und die Sanierung von Spielplätzen und -geräten werden, gegenüber den ursprünglichen Planungen, zusätzliche 30.000 Euro pro Jahr bereitgestellt.

Mehr Geld für Veranstaltungen – Das bezirkliche Kulturamt erhält zusätzliche 20.000 Euro jährlich für seine Veranstaltungen. Das Geld fließt unter anderem in den Silvio-Meier-Preis.



Karte: © OpenStreetMap-Mitwirkende (openstreetmap.org/copyright)

Der Bereich Weberwiese ist schon Milieuschutzgebiet - wir fordern weitere!

Auch die Boxhagener Straße wollen wir sicherer machen und fordern Tempo 30.

Der Samariterkiez wurde verkehrsberuhigt, es gibt weniger Durchgangsverkehr.

RAW-Gelände: Hier soll es auch in Zukunft Raum für Soziokultur geben, zu bezahlbaren Preisen.

Der Tennisclub Friedrichshain kann weiterhin sechs Plätze nutzen - daneben entsteht eine Sporthalle.



Am Halleschen Ufer haben wir für mehr preisgünstige Wohnungen gekämpft (Postscheckareal).

Wir streiten weiter dafür, dass die Fläche des Regenwasser-Beckens für Sportplätze reserviert bleibt.

Die Zukunft des FHXB-Museum wird gesichert.

Wir unterstützen die temporäre Schwimmhalle im Prinzenbad, damit auch im Winter geschwommen werden kann.

Die Markthalle Neun muss eine Halle für alle bleiben - dafür hat sich die SPD-Fraktion eingesetzt.

UNSERE VERORDNETEN

Der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg gehören 55 Verordnete an. Die SPD stellt mit zehn Verordneten die drittstärkste Fraktion. Die aktuellen Mitglieder stellen wir im Folgenden vor. Zu Beginn der aktuellen Wahlperiode (2016-2021) engagierten sich außerdem Stephan Ott und Anita Leese-Hehmke als Bezirksverordnete für die SPD-Fraktion und die Bewohner*innen des Bezirkes.



Sebastian Forck
Fraktionsvorsitzender,
Ausschuss für Kultur und Bildung,
Ausschuss für Personal, Haushalt und
Investitionen



Sevim Aydin
stellv. Fraktionsvorsitzende,
Ausschuss für Kultur und Bildung,
Ausschuss für Soziales, Jobcenter, Bür-
gerdienste, Gesundheit



Frank Vollmert
stellv. Fraktionsvorsitzender
Ausschuss für Schule und Sport,
Jugendhilfeausschuss



Peggy Hochstätter
Ausschuss für Schule und Sport,
Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klima-
schutz und Immobilien,
Vorsitzende der Spielplatzkommission



John Dahl
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen
und Wohnen (Vorsitzender),
Integrationsausschuss



Tessa Mollenhauer-Koch
Ausschuss für Frauen, Gleichstellung,
Inklusion und Queer,
Ausschuss für Personal, Haushalt und
Investitionen



Dr. Peter Beckers
Ausschuss für Wirtschaft und Ord-
nungsamt, Eingaben und Beschwerden,
Ausschuss für Frauen, Gleichstellung,
Inklusion und Queer



Anja Möbus
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen
und Wohnen,
Integrationsausschuss (Vorsitzende)



Uwe Hübsch
Ausschuss für Soziales, Jobcenter, Bür-
gerdienste, Gesundheit,
Jugendhilfeausschuss



Hannah Sophie Lupper
Ausschuss für Wirtschaft und Ord-
nungsamt, Eingaben und Beschwerden,
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz,
Verkehr und Immobilien



SO ERREICHEN SIE UNS:

Sprechstunde

Sie erreichen uns für gewöhnlich Montag bis Donnerstag von 15.30 – 17.00 Uhr im Fraktionsbüro:

Rathaus Kreuzberg
Yorckstr. 4-11
10965 Berlin
Raum 1048 (1. Etage)

Wir empfehlen Ihnen, vorab telefonisch oder per E-Mail einen Termin zu vereinbaren. Aufgrund der Corona-Pandemie ist das Büro zur Zeit nicht in der gewohnten Regelmäßigkeit besetzt.

Kontaktmöglichkeiten:

Tel.: 030 – 90298 2451
Fax: 030 – 90298 2340
E-Mail: info@spdfraktion-xhain.de

Für Presseanfragen

Carl-Friedrich Höck
Tel.: 0151 – 1712 0902
E-Mail: presse@spdfraktion-xhain.de

Weitere Informationen zur Arbeit der Fraktion finden Sie hier:

Internet: spdfraktion-xhain.de
Facebook: [@SPDBVVXhain](https://www.facebook.com/SPDBVVXhain)
Twitter: [@SPD_BVVXhain](https://twitter.com/SPD_BVVXhain)



*Ehemaliges Rathaus Kreuzberg in der Yorckstraße.
Kartendarstellung:
© OpenStreetMap.
org-Mitwirkende*

Mehr Informationen
spdfraktion-xhain.de